

10 Thesen zu Entwicklungen, Strukturen, Problemen und Lösungsstrategien peripherer, strukturschwacher Regionen in Bayern

Maier, Jörg (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

(2008). 10 Thesen zu Entwicklungen, Strukturen, Problemen und Lösungsstrategien peripherer, strukturschwacher Regionen in Bayern. In J. Maier (Hrsg.), *Ziele und Strategien einer aktuellen Politik für periphere ländliche Räume in Bayern: Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume, Teil 1* (S. 20-27). Hannover: Verl. d. ARL. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-341215>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

10 Thesen zu Entwicklungen, Strukturen, Problemen und Lösungsstrategien peripherer, strukturschwacher Regionen in Bayern

S. 20 bis 27

Aus:

Jörg Maier (Hrsg.)

Ziele und Strategien einer aktuellen Politik für periphere ländliche Räume in Bayern

Arbeitsmaterial der ARL 343

Hannover 2008

10 Thesen zu Entwicklungen, Strukturen, Problemen und Lösungsstrategien peripherer, strukturschwacher Regionen in Bayern¹

Problemstellung

Angesichts der Vielgestaltigkeit von Strukturen, der ablaufenden Prozesse und derzeitigen Problemsituationen tragen *generell* angebotene Modelle für die Entwicklung ländlicher Räume vor allem in peripheren, strukturschwachen ländlichen Räumen nicht. Eine *regionale* Differenzierung ist unumgänglich. Diese wird jedoch gerade durch die Vorstellungen der Bundesraumordnung konterkariert, werden doch die ländlichen Räume zum großen Teil unter „Räume mit Stabilisierungsbedarf“ subsumiert. Dies ist nicht sachgerecht, kann doch ein Landkreis wie Wunsiedel im Fichtelgebirge nicht mit einem Landkreis wie Bayreuth gleichgesetzt werden.

Diese peripheren Räume, häufig weit entfernt von den Zentralräumen gelegen, wirtschaftlich jedoch von den Entscheidungen in den Zentren abhängig, können u. a. durch folgende Kriterien gekennzeichnet werden:

- Abwanderung vorwiegend junger Bevölkerungsgruppen,
- Verlagerungen von Betrieben,
- meist wenig wirtschaftliche Alternativen, sowie
- rückläufige Entwicklung der Versorgungsangebote.

Für diese besonderen Problembereiche gilt es, kommunale, regionale und betriebliche Strategien einer Aufwertung zu formulieren.

Die 10 Thesen

These 1:

Bedingt durch den demographischen Wandel werden periphere Räume zunehmend vor Tragfähigkeitsproblemen der technischen und sozialen Infrastruktur stehen. Die entstehenden Versorgungsdefizite werden sich ohne gezielte Gegenmaßnahmen verstärken, die regionalen Disparitäten weiter zunehmen.

Begründung:

- Die quantitativ und qualitativ rückläufige Entwicklung der Versorgungsstruktur in diesen Teilräumen kann nur durch die zwangsläufige Notwendigkeit zur erhöhten persönlichen Mobilität aufgefangen werden. Andererseits jedoch wird die individuelle Mobilität durch den demographischen Wandel langfristig abnehmen, sodass ohne frühzeitige Schaffung von Versorgungsalternativen Defizite in der Befriedigung der Alltagsbedürfnisse zukünftiger immobiler Bevölkerungsgruppen die Folge sein werden.

¹ Zuerst veröffentlicht als „Positionspapier aus der ARL“, Nr. 72, Hannover 2007 (Autorinnen und Autoren: Ulrich Ante, Michael Breitenfelder, Hubert Job, Gerhard Kleinhenz, Jörg Maier, Marius Mayer, Christiane Odewald, Karl Ruppert, Jürgen Weber).

- Durch die negative Bevölkerungsentwicklung nehmen die Schülerzahlen überdurchschnittlich stark ab und zahlreiche Schulstandorte, vor allem Grund- und insbesondere Hauptschulen, die sich in Konkurrenz mit anderen Schularten behaupten müssen, werden geschlossen. Für die verbleibenden Schüler verlängern sich die Schulwege erheblich und damit steigt die Belastung für Kinder und die betreffenden Familien.
- Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im peripheren ländlichen Raum steht insbesondere vor zwei Herausforderungen: dem Rückgang der Hausärzte und damit der medizinischen Allgemein- und Grundversorgung sowie der verstärkten Nachfrage nach einer Altenbetreuung verbunden mit einem Rückgang der familiären häuslichen Pflege.

Handlungsempfehlungen:

- Um die Nahversorgung aufrechtzuerhalten, müssen flexible Formen der Grundversorgung, wie z. B. Bring- und Abholdienste, und e-Commerce-Strukturen in der öffentlichen Verwaltung, insbesondere auf Ebene der Kommunen, weiterentwickelt werden. Nachbarschaftshilfe und privates bürgerliches Engagement sollen gefördert werden.
- Die Aufrechterhaltung der wohnortnahen schulischen Grundversorgung mit Grund- und Hauptschulen ist wesentlich für die Funktionsfähigkeit des peripheren ländlichen Raumes. Bei Bedarf müssen zur Sicherung der schulischen Mindestausstattung jahrgangsgemischte Klassen und kleine Klassenstärken mit angepassten pädagogischen Konzepten eingerichtet werden. Bei den Berufsschulen ist eine stärkere landkreisübergreifende, in der Nähe der Grenze von Bundesländern aber auch länderübergreifende Kooperation erforderlich.
- Grundsätzlich gilt es, eine Bündelung von Infrastrukturangeboten an Zentralen Orten, regionalen Siedlungsschwerpunkten und Verkehrsknotenpunkten bei gleichzeitigem Aufbau mobiler Versorgungssysteme (Gesundheitszentren, mobile ärztliche Versorgung, Rufbusse, Anruf-Sammel-Taxis usw.) anzustreben, eine Koppelung von Funktionen (z. B. mobile Bibliotheken mit Paketdiensten) vorzunehmen. Gleichzeitig muss eine Neubewertung bzw. Anpassung von Mindeststandards bei der kommunalen Daseinsvorsorge erfolgen und eine regionale Koordination des Angebots geprüft werden.

These 2:

Der Rückzug von staatlichen, halbstaatlichen und privaten Einrichtungen der Daseinsvorsorge aus weiten Teilen der peripheren ländlichen Räume ist mit einem Anstieg der Wegstrecken für die Bevölkerung sowie mit höheren Kosten und Umweltbelastungen verbunden.

Begründung:

- Anhaltende Konzentrationsprozesse von Versorgungsangeboten auf zumindest mittelzentrale Standorte bedingen eine hohe Bereitschaft und Notwendigkeit zur persönlichen Mobilität, die aufgrund stagnierender oder rückläufiger klassischer ÖPNV-Angebote zunehmend mit dem eigenen Pkw erledigt werden muss.
- Bedingt durch den demographischen Wandel wird die Zahl älterer, immobiler Bevölkerungsschichten zunehmen, die durch den Rückzug aus der Fläche von beispielsweise Post, Bank, aber auch kultureller und gesellschaftlicher Einrichtungen

von den Auswirkungen der Auslastungs- und Tragfähigkeitsproblematik in hohem Maße betroffen sein werden.

Handlungsempfehlungen:

- Spezifizierung der globalen Aussagen des Landesentwicklungsprogramms (LEP) zu ländlichen Teilräumen durch flexible, den jeweiligen lokalen Rahmenbedingungen angepasste Ziele.
- Stärkere Unterstützung und Vermarktung alternativer ÖPNV-Angebote.
- Breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit der Nutzen stiftenden Effekte sowohl hinsichtlich der Mobilitätsvorteile als auch der in Bezug auf den Klimawandel positiv zu wertenden Energieeinsparpotenziale dieser Angebote.
- Information über die und Unterstützung bei der Bildung von privaten, sozialen Netzwerken auf kommunaler Ebene, die eine tragende (Versorgungs-)Säule gerade in peripheren ländlichen Teilräumen sein werden.

These 3:

Die Bündelungsprozesse bei Infrastruktureinrichtungen werden sich weiter fortsetzen. Ohne rechtzeitige Planung ist eine flächenbezogene Daseinsvorsorge bestimmter Bevölkerungsgruppen gefährdet. Die Politik muss mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen Festlegungen der Mindeststandards treffen.

Begründung:

- Gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen des Freistaats waren und sind ein Ziel der Raumordnungspolitik Bayerns.
- Dem Rückzug halböffentlicher Einrichtungen, wie etwa der Post oder auch privater Versorgungsunternehmen wie Banken und Sparkassen, wurde in den 1980er-Jahren durch Dezentalisierungsmaßnahmen staatlicher Stellen und in den letzten Jahren durch die Unterstützung für Gründer- und Technologiezentren oder die High-Tech-Initiative der bayerischen Staatsregierung durch die Schaffung von regionalen Schwerpunkten zu begegnen versucht.
- Über die zunehmende Forderung nach mehr Marktorientierung in der neueren Regionalpolitik gilt es nun, die Kräfte der ländlichen Räume gezielt auf regionale Zentren hin zu bündeln. Allerdings muss dabei Sorge getragen werden, dass damit in erreichbarer Nähe der Wohnstandorte der Bevölkerung Mindeststandards gewährleistet werden.

Handlungsempfehlungen:

Die Clusterpolitik der bayerischen Staatsregierung erhält in Ergänzung zu den 19 überregional wirkenden Clustern durch regional bezogene Cluster eine wichtige Funktion:

- Die überregionalen Ansätze der Technologie-, Cluster- und Qualifizierungspolitik wirken auf die wirtschaftliche Entwicklung strukturschwacher, ländlicher Räume allenfalls indifferent. Dem Vorrangprinzip der Landesentwicklung zugunsten der ländlichen Räume tragen sie keinesfalls ausreichend Rechnung.
- Die Schwerpunktsetzung auf technologische Innovationen bzw. Cluster von zumindest landesweiter Bedeutung sowie die Hervorhebung von „High Tech“-Clustern

erschweren den Aufbau und die Bestandspflege bereits funktionierender, auf teils räumlichen Begabungen aufbauender, regionaler Clusterinitiativen.

- Regionalmanagement kann die Clusterpolitik unterstützen, indem es sich besonders um die Entwicklung teils räumlicher Clusterinitiativen bemüht. Umgekehrt kann aber auch eine landesweite Clusterpolitik dem Regionalmanagement Impulse geben, indem sie auf besonders zukunftssträchtige Nischen für einzelne Teilräume hinweist und damit auf mögliche Aktionsfelder des Regionalmanagements aufmerksam macht.

These 4:

In peripheren ländlichen Räumen sollte das System der Zentralen Orte zur Gewährleistung einer eigenbestimmten, selbsttragenden Entwicklung neu definiert werden. Im Übergang zur wissensbasierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft kommt der Sicherung eines leistungsfähigen Netzes von Zentralen Orten z. B. mittlerer Stufen eine wesentliche Bedeutung zu.

Begründung:

- In peripheren, ländlichen Räumen treten oftmals eine geringe Wachstumsdynamik der Wirtschaft und eine unbefriedigende Innovationstätigkeit auf. Erhebliche Anstrengungen sind deshalb erforderlich, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen auch in peripheren, ländlichen Räumen zu sichern und zu schaffen. Im Übergang zur wissensbasierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft gibt es dabei wesentliche Handlungsfelder:
- Leistungsfähige Mittelzentren und mögliche Mittelzentren üben aufgrund ihres Angebots an Arbeitsplätzen und Einrichtungen eine hohe Anziehungskraft auf abwanderungswillige Bevölkerungsgruppen aus.
- Ferner kann in Zentralen Orten mittlerer Stufen eher ein Nährboden für innovative Ideen entstehen und bei den Akteuren können sich kooperative Handlungsansätze entwickeln, die den Raum nach vorne bringen, als dies in einer dispersen Siedlungsstruktur der Fall ist. Somit haben voll funktionsfähige Zentrale Orte mittlerer Stufen eine wichtige, unterstützende Funktion für eine von unten getragene, räumliche Entwicklung.

Handlungsempfehlungen:

- Definition von Mindeststandards von Zentralen Orten der mittleren Stufen bezüglich ihrer Versorgungs- und wirtschaftlichen Impulsgeberfunktion sowie hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Siedlungsstruktur als Aufgabe von Wissenschaft sowie örtlichen und regionalen Entscheidungsträgern. Die so erarbeiteten Standards müssen von der Regionalplanung geprüft und in einen neuen Entwurf des Landesentwicklungsprogramms eingebracht werden.
- Vorrangiger Ausbau von sogenannten Entwicklungsfällen auf der mittelzentralen Stufe zu voll funktionsfähigen Mittelzentren. Dabei bedarf es des Einsatzes besonderer finanzpolitischer Förderinstrumente und eines bevorzugten Standortmarketings für Mittelzentren im peripheren, ländlichen Raum.

These 5:

Frauen sind häufig Innovationsmotoren für Entwicklungen im ländlichen Raum. In Regionen, in denen es nicht gelingt, Arbeitsplätze für Frauen in erreichbarer Entfernung zu schaffen, wird der Trend zur Abwanderung weiter anhalten.

Begründung:

- Ein wesentliches Merkmal der Lebensverhältnisse von Frauen im ländlichen Raum ist die ausgeprägte Familienorientierung, verbunden mit einer starken Erwerbsorientierung. Dabei haben sich durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft und durch die Veränderungen der Wirtschaftsstruktur und des Arbeitsmarktes (Tertiärisierung und Qualifizierung) die Lebens- und Erwerbsbedingungen grundlegend verändert.
- Die von vielen Frauen gewünschte Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird wesentlich erschwert durch die hohen Mobilitätsanforderungen. Arbeitsplätze, insbesondere Teilzeitarbeitsplätze liegen oft in relativ weiter Entfernung vom Wohnort, sind nicht mit dem ÖPNV und nur durch Inkaufnahme längerer Fahrtzeiten, verbunden mit entsprechend höheren Kosten, zu erreichen. Auch Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen sind häufig nicht vor Ort und nur mit entsprechendem Organisationsaufwand zu erreichen.
- Immer mehr ländliche Regionen versuchen deshalb, unter dem Leitziel der Kinder- und Familienfreundlichkeit junge Familien zu umwerben und bessere Angebote zu schaffen. Angesichts begrenzter Ressourcen und Angebote kommt dabei der Eigeninitiative der Betroffenen, sei es im Ehrenamt oder durch bedarfsgerechte Dienstleistungen, z. B. in der Kinder- und Jugendbetreuung, bei der Nachbarschaftshilfe oder im Gesundheitsbereich, also den traditionellen Betätigungsfeldern von Frauen, immer mehr Bedeutung zu.
- Gerade von Frauen als Hauptbetroffenen dieser Entwicklungen gehen sowohl bei der Schaffung neuer Erwerbsmöglichkeiten als auch im Ehrenamt viele Impulse aus. Kommunikation und Vernetzung sind dabei die Basis vieler Tätigkeiten.

Handlungsempfehlungen:

- Wohnortnahe Förderung von (Teilzeit-)Arbeitsplätzen unterschiedlicher Art und Qualifikation für Frauen durch verschiedene organisatorische Maßnahmen
- Flexible Arbeitszeitmodelle und Kinderbetreuungsangebote
- Förderung von Frauen in Führungs- und Entscheidungspositionen
- Verbesserung des Fortbildungs- und Umschulungsangebotes für Frauen
- Bildung von Netzwerken, z. B. für Existenzgründerinnen

These 6:

Für eine integrierte Entwicklung des peripheren ländlichen Raumes ist die Landwirtschaft nach wie vor ein entscheidender Faktor. Ihre Multifunktionalität (Nahrungsmittelproduktion/Biomasseerzeugung/Kulturlandschaftspflege usw.) muss gesellschaftspolitisch noch mehr ins Bewusstsein gerückt werden .

Begründung:

- Prioritäre Bedeutung für ländliche Räume besitzt immer noch die Nahrungsmittelproduktion.
- Biomasseerzeugung stellt eine neuere Einkommensmöglichkeit dar, wobei die damit verbundene Problematik (z.B. Flächenkonkurrenz) nicht übersehen werden darf.
- Zur notwendigen Diversifikation der Einkommensquellen führen auch öffentliche Gelder, die als Leistungsentgelt für gesellschaftspolitisch erwünschte Dienstleistungen (u. a. Landschaftspflege) gewährt werden müssen.

Handlungsempfehlungen:

- Maßnahmen der ländlichen Entwicklungspolitik müssen stärker auf die große Vielfalt unterschiedlicher Raumstrukturen Bezug nehmen.
- Die Diskussion strategischer Leitbilder muss Aufgaben, Ziele und Lebenssituationen landwirtschaftlicher Betriebe stärker einbeziehen und den hohen Wert von Natur und Landschaft verdeutlichen.
- Erwerbskombinationen im außerlandwirtschaftlichen Bereich erfordern auch Weiterbildungsmöglichkeiten.
- Förderprogramme sollten mehr auf die tatsächlich benachteiligten Standorte konzentriert werden, auch Entwicklungsmöglichkeiten offen lassen.

These 7:

Die ländlichen Räume müssen für die bisher weitgehend unentgeltliche Bereitstellung von flächenbezogenen öffentlichen Gütern wie beispielsweise Kulturlandschaft eine entsprechende Vergütung erhalten.

Begründung:

- Gleichzeitig ablaufende Prozesse agrarischer Intensivierung und Extensivierung, zumal vor dem Hintergrund von finanziellen Kürzungen der 2. ELER-Säule (ELER-Verordnung des Rates über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes), sowie anhaltende Freiflächeninanspruchnahme durch das Siedlungs- und Verkehrsnetz gefährden den Erhalt der Kulturlandschaft und damit auch der gelebten regionalen Kultur.
- Die Kulturlandschaft stellt nicht nur durch ihr attraktives Landschaftsbild, ihr soziales Umfeld und ihre identitätsstiftende Wirkung einen wichtigen weichen Standortfaktor dar, sondern ist auch die Grundlage für die touristische Inwertsetzung. Auch die städtischen Zentren profitieren von einer intakten Kulturlandschaft.

Handlungsempfehlungen:

- Zum Erhalt und Entwicklung der tradierten Kulturlandschaft sind Direktzahlungen weiterhin unentbehrlich.
- Durch eine offensivere Vermarktung attraktiver Kulturlandschaften als weicher Standortfaktor können die Neuschaffung oder der Erhalt von Arbeitsplätzen ge-

stärkt und ländliche Räume als hochwertige Wohnstandorte für qualifizierte Fachkräfte etabliert werden.

- Das Vereinsleben innerhalb der Gemeinden sollte gestärkt werden, da es einen wichtigen Faktor für die Erhaltung der regionalen Kultur und die Bindung vor allem jüngerer Bevölkerungsschichten in der Region darstellt (Verhinderung von Abwanderung).

These 8:

Der Wirtschaftsfaktor Tourismus bedarf eines adäquaten interkommunalen Destinationsmanagements sowie Investitionen in zeitgemäße Ausstattung des betrieblichen und öffentlichen Angebots.

Begründung:

- Die Bedeutung des Tourismus für die peripheren ländlichen Räume Bayerns ist als hoch einzuschätzen.
- Die Entwicklung der Tourismuswirtschaft erfordert heute weit mehr Aufwendungen, da globalisierte Tourismusmärkte sowie Billigflieger-Destinationen den Konkurrenzdruck erhöhen und zugleich überalterte Angebotsstrukturen und – auf den unteren Ebenen – wenig professionelle Destinationsmanagement- und -marketingstrukturen zugleich die Konkurrenzsituation verschärfen und die Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Destinationen mindern.

Handlungsempfehlungen:

- Zielgebietbezogenes Marketing verlangt Ressourceneinsatz, ein Umdenken in Richtung interkommunaler Partnerschaft und professionelle Zusammenarbeit sowie Bereitschaft aller Akteure, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten aufzugeben und beispielsweise in Dachmarken aufzugehen.
- Im touristischen Angebot müssen Strukturschwächen in Beherbergung, Gastronomie und Infrastruktur abgebaut werden, unter besonderer Berücksichtigung von IT- und EDV-Einsatz (beispielsweise bei elektronischen Buchungssystemen, Online-Buchbarkeit, Tourist Cards).
- Für die Wintersaison ist neben der konzeptionellen Fortschreibung des bayerischen Tourismusprogramms eine Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen an die Standards des internationalen Wettbewerbs (beispielsweise Aufhebung des Beschneidungsverbots oberhalb der Baumgrenze) angebracht.

These 9:

Information und Partizipation der betroffenen Bevölkerung bei diesen Veränderungsprozessen durch Staat und Kommunen stellen eine der wesentlichen Aufgaben der Regionalentwicklung dar.

Begründung:

Ein guter sozialer Zusammenhang in einer Gemeinde führt zu einer guten Stimmung unter der Bevölkerung und Unternehmerschaft, was auch die Standortattraktivität steigert. Diese Stärkung der räumlichen Identifikation und des Selbstbewusstseins der Einwohner sowie die Förderung partizipativer Strukturen sind wesentliche Ansatzpunkte für die Entwicklung ländlicher, strukturschwacher Räume. Von unten getragene, frei-

willige und auf Kooperation angelegte Instrumente der Regionalentwicklung können hierzu einen Beitrag leisten, wobei das Denken in größeren räumlichen Zusammenhängen einen gewissen Egoismus überwinden muss.

Handlungsempfehlungen:

- Aufbau effizienter regionaler Kooperations- und Organisationsstrukturen
- Intensive Einbindung der regionalen Bevölkerung in den regionalen Entwicklungsprozess
- Aufbau von Informations- und Kommunikationsstrukturen (Internet-Plattformen, Newsletter, regionale Informationsblätter usw.)
- Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung (z.B. Aufbau eines „Büros für Zukunftsfragen, innovative Konzepte und neue Kommunikationsstrukturen“)

These 10:

Eine offene Kommunikation zwischen staatlichen Institutionen und öffentlichen bzw. privaten Entscheidungsträgern auf lokaler Ebene fördert aktive Partizipation bei Entwicklungsprozessen sowie die Identifikation mit der Region.

Begründung:

Regional verankerte Persönlichkeiten und deren Verhalten sind Erfolgsfaktoren der Regionalentwicklung. Partizipation und Eigeninitiative der Betroffenen vor Ort tragen wesentlich zur Ausschöpfung endogener Potenziale und zum Erfolg von Selbsthilfemaßnahmen bei. Die Bindung an die heimatliche Region wird aber gerade in hochqualifizierten Tätigkeitsfeldern aufgrund höherer Mobilität und häufigerer Umbrüche in Lebenslauf und Berufsleben beeinträchtigt.

Handlungsempfehlungen:

- Querschnittsorientierte, akteurszentrierte LEADER-Projekte können regionale Persönlichkeiten, Akteure und Entscheidungsträger erfolgreich in die bottom-up orientierte Regionalentwicklung einbinden und sollten fortgesetzt werden.
- Partizipation bedeutet auch Mitentscheidung, weshalb eine Einbindung der regionalen Akteure auch in übergeordnete Politiken notwendig ist.
- Der konsequente Ausbau und die Nutzung von E-Government-Angeboten der öffentlichen Hand verbessert die direkte Kommunikation mit den Bürgern und ermöglicht zivilgesellschaftliches Engagement.